

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich bei einer Gegenstimme, die Förderung „Partnerschaften für Demokratie“ im Rahmen des Bundesförderprogramms „Demokratie leben“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend anzunehmen sowie zwei befristete Stellen mit einem jeweiligen Vollzeitäquivalent von 0,5 (davon eine mit EGr. 9 und eine weitere bis EGr. 7) zunächst befristet bis 31.12.2019 einzurichten.

Die Beantragung der Fördermittel erfolgte nach Stadtratsbeschluss vom 30.08.2018 (BV/0762/2018) mit der Maßgabe, dass die Durchführung sowie die Personalbereitstellung unter dem Vorbehalt einer Freigabe durch den Haupt- und Finanzausschuss stehen.